

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.08.2022

Inhalt

EWN

1 Unternehmer wollen Erdgas aus Russland und E-Autos aus Vietnam <i>Nordkurier - Pasewalker Zeitung, 06.08.2022</i>	3
2 Wichtige Themenkomplexe unserer Zeit DVD-Tipp : <i>Allgemeine Zeitung Mainz-Rheinhessen, 08.08.2022</i>	5
3 Ausstieg? Nein danke <i>DER SPIEGEL, 06.08.2022</i>	6
4 Krisenstab eingesetzt: Atomdesaster in Frankreich nimmt seinen Lauf <i>heise.de, 07.08.2022</i>	12

Unternehmer wollen Erdgas aus Russland und E-Autos aus Vietnam

Vorpommern hat die Chance, Standort für ein riesiges E-Auto-Werk zu werden. Über Pasewalks Chancen, aber auch über die Zukunft der Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 und den Bau von LNG-Terminals an der Ostsee sprach der Chef des Unternehmerverbandes Vorpommern, Gerold Jürgens, mit Nordkurier-Reporter Ralph Sommer.

Herr Jürgens, der vietnamesische Autokonzern VinFast will in Deutschland eine topmoderne Fabrik für E-Autos errichten. Für wie groß halten Sie die Chance, dass im Rennen um die Ansiedlung tatsächlich der Standort Vorpommern zum Zuge kommt?

Unser neuer Hauptgeschäftsführer Stefan Rudolph lässt derzeit seine guten Kontakte in Vietnam spielen. Und die Landesregierung betreibt dort sogar ein eigenes Büro. Wir haben dem vietnamesischen Botschafter (auf Lebenszeit) Nguyen Huu Trang unser Pasewalker Angebot mit 156 Hektar Fläche vorgestellt. Unser Land bewirbt sich nun offiziell mit dem Industriestandort Berlin-Szczecin. Und auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bringt sich jetzt persönlich ein. Ich denke, wir haben ganz gute Karten.

Ihr Verband pflegt ja schon seit Jahren gute Kontakte zu dem asiatischen Land. Was erhoffen Sie sich davon, abgesehen von der Milliardenansiedlung für Elektrofahrzeuge?

Vor allem Fachleute. Wir haben mal mehrere unserer Firmen angeschrieben und nach dem Bedarf an Arbeitskräften gefragt. Viele haben auf Anhieb geantwortet. Sie brauchen mindestens 300 Leute. Nicht nur in der Usedomer Gastronomie, sondern auch auf dem Bau und im verarbeitenden Gewerbe.

Wir haben vereinbart, dass Interessenten in Vietnam eine Deutschausbildung absolvieren werden, damit wir ihnen dann einen lukrativen Job hierzulande anbieten können. Um unseren Bedarf zu decken und die Gewinnung ausländischer Fachkräfte zu erleichtern, müsste aber dringend das Einwanderungsgesetz in Deutschland angepasst werden.

Wie man hört, pflegen Sie ja auch gute Kontakte zu Brasilien. Mit Erfolg?

Durchaus. Ich zum Beispiel habe kürzlich einen brasilianischen Bauingenieur eingestellt, der jetzt mit Frau und zwei Kindern nach Deutschland umsiedeln will. Im Januar waren wir mit einer Unternehmerdelegation im brasilianischen Pomerode, einer Kleinstadt mit rund 30.000 Einwohnern. Die Torgelower Mele-Gruppe und weitere Firmen werden dort und in der nahe gelegenen größeren Stadt Blumenau Abfall-, Biogas-, Strom- und Solartechnologie-Projekte vorstellen. Wir haben dort zwei deutschsprachige Bürgermeister, die Angebote mehrerer vorpommerscher Firmen sehr unterstützen.

Wie ist denn generell derzeit die Stimmung in der vorpommerschen Wirtschaft?

Wir kämpfen noch mit den Folgen der Coronapandemie und stellen uns auf neue Personalausfälle ab dem Herbst ein. Wenn dann aber noch ein Gasmangel kommt, dann haben wir ein richtiges Problem, weil zu befürchten ist, dass viele unserer Unternehmen als nicht nachhaltige Industrie eingestuft werden und womöglich die Produktion herunterfahren müssen.

Über die russisch-europäische Gasleitung Nord Stream 1 kommt in Lubmin derzeit nur noch ein Fünftel der lieferbaren Gasmenge an. Der Ruf nach einer Genehmigung von Nord Stream 2 wird immer lauter. Bürgermeister aus Vorpommern forderten das bereits in einem gemeinsamen Brief. Wie stehen Sie dazu?

In unserem Vorstand haben sich alle bislang von mir dazu befragten Mitglieder eindeutig auch dafür ausgesprochen. Wenn hier das Gas ausgeht, dann kann das nicht im Interesse der Arbeitgeber und -nehmer liegen.

Was viele gar nicht wissen: Im Unterschied zu Nord Stream 1, wo das Gas direkt weitergeleitet wird, verfügt Nord Stream 2 auch über Möglichkeiten, direkt in Lubmin Gas abzuzapfen. Das ist bei der ersten Leitung

nicht der Fall. Wir haben uns deshalb gefreut, dass Frau Schwesig die Fertigstellung dieser Nord Stream 2 so unterstützt hatte.

Jetzt sollen zwei LNG-Terminals in Lubmin errichtet werden. Ist das nicht nur aus politischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht die bessere Alternative?

Wer sagt das? Wir wollen Flüssiggas mit Schiffen nach Deutschland importieren und wissen noch nicht mal, was das kosten wird. Es gibt keinen Preisvergleich, keinen Wettbewerb, der verhindern würde, dass die Preise immer weiter steigen. Ein Unternehmer lässt sich üblicherweise immer mindestens zwei, drei Angebote erstellen, ehe er sich dann entscheidet. Sollte die Pipeline Nord Stream 2 nicht in Betrieb gehen, unterstützen wir natürlich die LNG´s.

Würde die Errichtung der geplanten Terminals nicht auch neue Aufträge für die vorpommersche Wirtschaft bedeuten?

Da müssen wir die Ausschreibungen abwarten. Ich glaube aber nicht, dass da bedeutende Aufträge auf uns zukommen werden, denn die erforderlichen Umbaumaßnahmen sind doch sehr begrenzt.

Als die USA das Embargo gegen den Weiterbau von Nord Stream 2 verordneten, hatte das Land die umstrittene Umweltstiftung gegründet, die Firmen beim Weiterbau unterstützte. Welche Firmen das waren, wird nicht veröffentlicht. Auch Sie haben sich dagegen ausgesprochen, warum eigentlich?

Ich kenne natürlich einige Namen, aber was nützt es jetzt, diese publik zu machen. Ich sehe die Gefahr, dass dann diese Firmen von amerikanischer Seite sank-

tioniert werden, dass womöglich ihr Zahlungsverkehr durch amerikanische Banken eingefroren wird oder die Firmenvertreter Einreiseverbote für die USA bekommen.

Ein ganz anderes Thema: Der Internationale Frauentag wird künftig in Mecklenburg-Vorpommern zum Feiertag. Nun ist auch noch der Europatag im Gespräch. Was hält die Wirtschaft davon?

Wir haben mal nachgerechnet: Ein zusätzlicher Feiertag kostet ein mittelständisches Unternehmen etwa 30.000 bis 40.000 Euro. Soweit ich weiß, würde aber der Europatag ja nur alle fünf Jahre gefeiert werden. Als Unternehmer kann ich einen zusätzlichen Feiertag nur teilweise befürworten. Unsere Leute auf dem Bau haben 30 Tage Jahresurlaub, den sie teilweise mit Brückentagen kombinieren. Das heißt, dass sie insgesamt fast 50 Wochentage im Jahr nicht arbeiten. Und dann kommen ja auch noch witterungsbedingte Ausfälle im Winter dazu, für die sie Schlechtwettergeld beziehen.

Als Geschäftsführer leiten Sie fünf Firmen mit über 500 Beschäftigten. Sie sind im vergangenen Jahr 70 geworden. Wie lange wollen Sie denn noch arbeiten?

(lacht): Ich mache noch mindestens fünf Jahre.

Was halten Sie von der geforderten Rente mit 70?

Ich kann doch keinen Dachdecker mit 65 noch aufs Dach schicken. Klar, gibt es Ausnahmen, aber grundsätzlich sollte es Rente erst mit 70 nur auf freiwilliger Basis und mit entsprechenden Anreizen wie einer flexiblen Arbeitszeit geben. Aber ich kann mir eine zeitlich begrenzte Regelung zur Rente mit 70 vorstellen, etwa für fünf Jahre, bis wir unser Nachwuchsproblem gelöst haben.

📰 Allgemeine Zeitung Mainz-Rhein Hessen | 08.08.2022 | S. 6

📄 Auflage: 41.242 | Reichweite: 149.187

👤 Dirk Henninger

Wichtige Themenkomplexe unserer Zeit DVD-Tipp :

In vier außergewöhnlichen Dokumentarfilmen geht es um das Tierwohl, das Internet, die Atomkraft und die Fehler der Menschheit

Mit dem deutschen Ausstieg aus der Atomkraft ist das nukleare Problem nicht gelöst, und die Atomenergie ist auch keine "grüne" Antwort auf die aktuelle weltpolitische Lage. Diese Erkenntnis vermittelt "Atomkraft forever" (EuroVideo, auch VoD) von Carsten Rau mit sechs verwobenen Episoden, die erschreckende Fakten aufzeigen: Ein Atomkraftwerk hat eine maximale Laufzeit von 40 Jahren und muss dann stillgelegt werden. Der Rückbau des AKW Greifswald zum Beispiel dauert 33 Jahre, kostet 5,3 Milliarden Euro und hinterlässt 600.000 Tonnen verstrahltes Material.

Da es weltweit keine sicheren Endlager für den radioaktiven Müll gibt - sie müssen eine Million Jahre Schutz bieten -, kommen der kontaminierte Bauschutt und die zerlegten Reaktoren in riesige Zwischenlager. Wenn es nicht bald eine Lösung gibt, werden auch die 1100 deutschen Castor-Behälter wieder zu einer Bedrohung, weil sie der Strahlung nicht lange genug standhalten.

[...]

DER SPIEGEL | 06.08.2022 | S. 12

Auflage: 737.214 | Reichweite: 4.478.000

Melanie Amann; Vicky Isabelle Bargel; Marco Evers; Tobias Großkemper; Hubert Gude; Kevin Hagen; Johanna Jürgens; Christine Keck; Philipp Kollenbroich; Cordula Meyer; Guido Mingels; Benedikt Müller-Arnold; Ralf Neukirch; Jonas Schaible; Ansgar Siemens; Christian Teevs; Severin Weiland; Steffen Winter

STIMMUNGEN

Ausstieg? Nein danke

Drei von vier Deutschen wollen laut einer neuen SPIEGEL-Umfrage die Atomkraftwerke weiterlaufen lassen. Die Gaskrise bringt das alte deutsche Anti-Atom-Dogma ins Wanken. Folgt nun die Energiekehrwende, zurück zur Kernkraft?

Der Winter wird kommen, und Klaus Zilian macht sich Sorgen. Er wohnt mit seiner Frau und zwei Kindern in Neustadt in Holstein, in einem Einfamilienhaus, das sich das Ehepaar vor 14 Jahren gekauft hat, 160 Quadratmeter, sieben Zimmer, Wärmeputz in der Farbe von Champagner. Der Strom kommt von den Stadtwerken, geheizt wird mit Gas, zur Ostsee sind es fünf Minuten zu Fuß. Typischer Wohlstand der oberen Mittelschicht.

Dass die Energiepreise wegen der russischen Gasdrosselung steigen, werde er verkraften können, sagt Zilian. Was aber, wenn es plötzlich kalt bleibt im Haus, weil Gas schlicht fehlt? »Ich sehe uns schon in Decken gekuschelt sitzen«, sagt der Chef einer Finanzberatung. Zilian ist von einer alten Überzeugung abgerückt. »Ich habe den Atomausstieg immer befürwortet«, sagt der 54-Jährige. Die Situation aber habe sich wegen der Russlandkrise geändert. Um zu verhindern, dass knappes Gas für die Produktion von Strom verwendet wird, befürwortet er die Rückkehr zur Atomkraft. »Wir sollten die bestehenden Kernkraftwerke so lange nutzen, wie die Krise dauert«, sagt er.

Ein Familienvater, der sein Nein zur Atomkraft abgelegt hat wie einen Bademantel: eine typische Szene aus einem Land, das sich mitten in der Sommerhitze ängstigt vor dem kommenden Winter, vor der drohenden Gasknappheit. Und das deshalb mit verändertem Blick auf seine Kernkraftwerke schaut, auf die wenigen, die noch laufen, und auf die, die gerade erst abgeschaltet wurden: Könnten die nicht helfen, jetzt, in der womöglich kommenden Not? Sehr viele jedenfalls scheinen neuerdings in den Kühltürmen und ihren Dampfwolken, die doch über Jahrzehnte der Inbegriff des Bösen waren, Symbole der Hoffnung zu se-

hen.

Eine vom SPIEGEL in Auftrag gegebene Befragung kommt auf erstaunliche Zahlen. Nur 22 Prozent der Befragten sind dafür, die drei noch laufenden Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland wie geplant zur Jahreswende abzuschalten, so das Ergebnis der Erhebung des Online-Befragungsunternehmens Civey.

78 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, die drei noch laufenden deutschen Kernkraftwerke bis zum Sommer 2023 weiterzubetreiben, eine Variante, die in der Politik als sogenannter Streckbetrieb diskutiert wird – also ein Weiterlaufen der verbleibenden AKW für wenige Monate, jedoch ohne Neuanschaffung von Brennstäben. Selbst bei den Anhängern der Grünen findet sich hierfür eine knappe Mehrheit.

Ist das bloß die Furcht in der Krise? Ein Pragmatismus, nach dem Motto: Es sind ja nur ein paar Monate, das ändert nichts am Ausstieg? Wohl eher nicht. Die Antworten legen nahe, dass sich die Einstellung der Deutschen zum Atomstrom deutlich geändert hat. Denn 67 Prozent befürworteten auch einen Weiterbetrieb der AKW für die nächsten fünf Jahre. Nur 27 Prozent sind dagegen. Einzig bei den Grünenanhängern ist eine klare Mehrheit gegen den Weiterbetrieb für die kommenden fünf Jahre. Bei Anhängern von CDU/CSU, FDP und AfD sind mehr als 80 Prozent dafür, die AKW so lange laufen zu lassen.

Auf die Frage schließlich, ob Deutschland aufgrund der Energiekrise sogar neue Atomkraftwerke bauen sollte, antworten immer noch 41 Prozent der Befragten mit Ja. Damit befürworteten sie etwas, was in

Deutschland überhaupt nicht zur Debatte steht.

Ein rundum verblüffendes Ergebnis – vor allem wenn man es mit alten Umfragen vergleicht. Vor 33 Jahren stellte ein Umfrage-Institut schon einmal eine solche Frage für den SPIEGEL. Damals meinten nur marginale drei Prozent der Befragten, dass Deutschland neue Kraftwerke bauen sollte.

Energiewende? Diese neuen Umfragezahlen zeigen eher den Wunsch nach einer Energiekehrwende.

Wie ist das möglich? In den vergangenen Jahren hatte sich zwar schon abgezeichnet, dass die Zustimmung zum Atomausstieg langsam bröckelte. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat diesen Prozess nun beschleunigt und viele alte Gewissheiten infrage gestellt oder längst umgeworfen. Einst überzeugte Pazifisten unterstützen Waffenlieferungen. Ein grüner Wirtschaftsminister geht auf Gas-Shoppingtour in Katar. Die Energiesicherheit, die man in Deutschland jahrzehntelang für garantiert hielt, ist erschüttert, seit Russland das Gas drosselt und die Kosten steigen.

Und deshalb wackelt jetzt womöglich ein altes deutsches Dogma: das Nein zur Kernenergie. Bedenken werden derzeit hintangestellt oder verflüchtigen sich. Strahlender Atomabfall? Sicherheitsrisiken? Super-GAU? Pustekuchen. Darum kann man sich wieder sorgen, wenn die Heizung zuverlässig bollert. Erst kommt die eigene Steckdose, dann die Moral.

Oder man hält Atomkraft für moralisch und ökologisch geboten, so wie Ulrike von Waitz.

Für die 53-Jährige begann das Umdenken schon vor ein paar Jahren – mit einem Baum ohne Blätter. Die Unternehmerin lebt mit ihrer Familie in Kahl am Main, einem Dorf in Bayern. 2018, im heißesten Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in Deutschland, sah Waitz, dass die Bäume mitten im Sommer in der Trockenheit ihre Blätter verloren. »Da habe ich zum ersten Mal gemerkt, dass die Klimakatastrophe eine reale Bedrohung ist«, sagt sie.

Ulrike von Waitz, seit vielen Jahren CSU-Mitglied, beschreibt sich als Anpackerin; optimistisch, sozial engagiert, technologieoffen. Wenn sie einen Missstand oder eine Ungerechtigkeit sieht, geht sie dagegen vor. In der Organisation Human Rights Watch setzt sie sich für Menschenrechte ein, und erst kürzlich hat sie mit ihrem Mann eine Unterkunft für 20 ukrainische Kinder eingerichtet.

Und als Waitz die Zeichen des Klimawandels in ihrer Umwelt wahrzunehmen glaubte, wurde sie zur Pro-Atom-Aktivistin. Sie hatte viel gelesen, und die Argu-

mente derer, die sagen, dass Atomkraft das Klima schützen könne, überzeugten sie. »Kernenergie ist bei aller Gefahr eine Technik, die wir brauchen«, sagt sie am Telefon.

Seither gehört sie einem Verein an, der sich »Mothers For Nuclear« nennt, etwa: Mütter für Kernenergie. Ulrike von Waitz hat fünf Kinder. Gemeinsam mit sieben weiteren Frauen, allesamt besorgt um die Zukunft ihres Nachwuchses, organisiert Waitz Demonstrationen pro Atomkraft. Da kommen nicht viele hin, aber sie fühlen sich im Aufwind. Und im Recht. Die strahlenden Mütter wollen darauf aufmerksam machen, wie viel CO₂ die Technologie ihrer Meinung nach einsparen könne. »Wir wollen, dass unsere kleine heile Welt noch eine ganze Weile hält«, sagt Waitz.

Wie soll die Politik umgehen mit der Auferstehung eines Themas, das doch längst im Abklingbecken der Geschichte lag?

Man gibt sich ideologisch flexibel. Getrieben von der Furcht vor dem Zorn der energetisch verunsicherten Wähler, zeigen sich immer mehr Entscheidungsträger konzessionsbereit. Selbst Kanzler Olaf Scholz sagte vor ein paar Tagen, eine Laufzeitverlängerung könne »Sinn machen«, als er für einen etwas bizarren Foto- und Pressetermin die Gazprom-Gasturbine in Mülheim an der Ruhr besuchte. Auch Winfried Kretschmann, Deutschlands einziger grüner Ministerpräsident, einer, der einst auf Demos den Atomkraft-Nein-danke-Button am Revers trug, kann sich eine »eventuelle zeitlich begrenzte Verlängerung« vorstellen. Die Konservativen sitzen ohnehin schon längst im Atomboot. Soeben ließen sich die Unions-Chefs Friedrich Merz und Markus Söder gemeinsam bei einem Besuch des Kraftwerks Isar 2 ablichten, dessen Weiterbetrieb bis 2024 sie forderten.

Im politischen Berlin sorgt die Atomdebatte für Ränkespiele und zunehmende Nervosität. Noch vor ein paar Wochen hatten der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck und seine Partei das AKW-Thema ziemlich gelassen gesehen – und offenbar gehofft, die Debatte einfach aussitzen zu können. Doch die gesellschaftliche Stimmung hat sich verändert, das ist auch den Grünen nicht entgangen.

Wie schnell die Stimmung kippt, lässt manche Grüne schwindelig werden, sie fürchten schon einen Sinneswandel der eigenen Leute. Eine Mehrheit für eine begrenzte Laufzeitverlängerung, an der grünen Basis wie bei den Bürgern, die müsste man ernst nehmen.

Vor allem die FDP spielt seit Wochen den Treiber in Sachen Laufzeitverlängerung. FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner und FDP-Generalsekretär Bi-

jan Djir-Sarai setzen wohl dosierte Nadelstiche gegen den grünen Koalitionspartner, zuletzt Lindner mit seinem Vorschlag, die drei verbliebenen deutschen AKW »nötigenfalls« bis 2024 weiterlaufen zu lassen. Es geht dem Strategen Lindner dabei natürlich nicht nur um eine stabile Energieversorgung der Deutschen, sondern auch um stabile Umfragewerte seiner Partei.

»Die FDP muss die Stimme der Vernunft in der Koalition sein«, sagt Djir-Sarai, und für ihn scheinen Vernunft und Atomkraft in diesen Tagen deckungsgleich zu sein. Immerhin: Auch Lindner und Co. fordern keine generelle Renaissance der Atomkraft, den Ausstieg aus dem Ausstieg. Sie wissen, das würde ziemlich sicher das Ende der Koalition bedeuten.

Im Streckbetrieb könnte die Kompromisslinie liegen – aber wie weit kann man sich strecken, bis es schmerzt? Wenige Monate, womit viele Grüne sich abfinden könnten? Oder gleich zwei Jahre, wie Christian Lindner forderte? Eine Verlängerung mit neuen Brennstäben werde man nicht mitmachen, beteuern wichtige Grüne einhellig. Niemals, das sei die rote Linie. FDP-Mann Djir-Sarai sagt allerdings: »Der Streckbetrieb löst kein einziges Problem, das ist Augenwischerei.«

Wenn Florian Ruckeisen von Süden aus auf Grevenbroich zufährt, sieht er die Dampfchwaden der Kühltürme vom Braunkohlekraftwerk Neurath. Kommt er aus dem Westen, fährt er am Tagebau in Garzweiler vorbei. Früher nannte sich Grevenbroich, seine Heimat in Nordrhein-Westfalen, stolz die »Stadt der Energie«. Ruckeisen ist quasi mitten im fossilen Deutschland zu Hause. Doch er sagt: »Wir müssen aus der Braunkohleverstromung schnellstmöglich raus.«

Ruckeisen ist Ingenieur und ordnet sich politisch links ein, der Klimawandel beschäftigt ihn sehr. Mit seinen 41 Jahren gehört er weder zu den Alt-68er-Atomkraftgegnern noch zur Generation junger Klimaaktivisten. Er liegt irgendwo dazwischen, im gesinnungsfreien Gebiet. Zum Zeitpunkt des Reaktorunfalls in Tschernobyl war Ruckeisen fünf Jahre alt, Erinnerungen daran hat er keine. Man darf ihn heute wohl als Vertreter jener großen, meinungsflexiblen Mitte verstehen, die lange »irgendwie gegen« Atomenergie war, aber ohne Leidenschaft und ohne genau zu wissen, warum. Und die jetzt umso leichter umschwenkt.

Seine Meinung, sagt Ruckeisen, habe lange auf einem Gefühl beruht, einer allgemeinen Stimmung im Land. Als sich Angela Merkel 2011 für den Atomausstieg entschied, fand auch er das gut. Vor drei Jahren hat Ruckeisen begonnen, sich mit den Vor- und Nachteilen von Kernenergie zu beschäftigen. »Ich wollte Argumente für meine Antihaltung«, sagt er, »doch je mehr ich mich damit auseinandergesetzt habe, desto weniger

Bedenken hatte ich.«

Seit Fukushima und dem beschlossenen Atomausstieg 2011 ist es still geworden um die Anti-Atomkraft-Bewegung, die doch so sehr Teil der deutschen Identität ist wie das Oktoberfest und die Mülltrennung.

Das Ziel war erreicht. Vorbei die Zeit, als Hundertschaften der Polizei Demonstranten von Bahnschienen schleppen mussten, damit die Castortransporte durchfahren konnten. Und von den Traktorprotesten in Gorleben, die es tatsächlich noch gibt, nimmt kaum noch jemand Notiz. Heute sind es Klimaaktivisten, die sich auf die Straßen kleben und mit zivilem Ungehorsam für eine andere Welt kämpfen. Statt Atommüllzüge blockieren sie Autobahnen und Braunkohlebagger, Symbole des fossilen Zeitalters, das sie schnellstmöglich überwinden wollen. Es sind ihre Aktionen, die auch medial Gehör finden.

Der Kampf gegen die Atomkraft aber ist keine Herzensangelegenheit von Fridays for Future, Letzte Generation, Extinction Rebellion und wie die Klimabewegten alle heißen. »Die Anti-AKW-Aktivisten sind beim Atomausstieg sehr emotional bewegt. Das trifft auf mich und viele andere in der Klimabewegung nicht zu«, sagt Helena Marschall, Aktivistin bei Fridays for Future Deutschland. Das sei eine »geessene Sache«, die Abschaltung beschlossen. Der Schalter umgelegt. Dachte man.

Von der neuerlichen Debatte über Atomstrom sind viele vor allem eines: genervt. Absurd sei das alles, eine Verschiebung des Diskurses weg von den eigentlichen Problemen. »Da wird viel Zeit verschwendet, die wir in der Klimakrise nicht haben«, so formuliert es Marschall. Bei Fridays for Future geht es in diesen Tagen um den Widerstand gegen eine neue fossile Infrastruktur, die mit den Flüssigerdgas-Terminals an den deutschen Küsten entstehen soll. Darum, dass in Ländern wie dem Senegal neue Gasfelder erschlossen werden, damit die Deutschen es warm haben. Um die Aussicht, dass Deutschland seine Klimaziele in den kommenden Jahren wohl nicht einhalten wird. Die Debatte um die Atomkraft betrachten sie dagegen eher von der Seitenlinie.

Wie blicken die alten Atomstrom- und Endlagergegner auf die neue Kernkraftlust ihrer Landsleute? Verstehen sie die Welt nicht mehr? Gibt es sie überhaupt noch?

Absolut. Da ist zum Beispiel Marika Hahlbohm, 78, aus Lemgow in Niedersachsen, in deren Haus drei Generationen des AKW-Widerstands unter einem Dach leben. Familie Hahlbohm hat 500 Hühner, zwei Ziegen, zwei Dackel und Kartoffel- und Getreidefelder,

die in dieser Woche abgeerntet werden sollen. Ihr Hof liegt im Wendland, an der ehemaligen DDR-Grenze, das seit Jahrzehnten ein Zentrum der Anti-Atomkraft-Bewegung ist. Der Grund ist Gorleben, ein ehemals als Endlager vorgesehener Salzstock, in dem derzeit 113 Behälter eingelagert sind. Die Demos gegen die Castortransporte haben die Familie geprägt.

»Wir waren mit unserem Trecker schon in Gorleben, in Hannover und in Berlin«, sagt Marika Hahlbohm, »die Kinder mussten natürlich auch mit.« Vor mehr als 40 Jahren habe sie die ersten Demos erlebt. Schwiegersohn Jörg Buttrop ist seit den Achtzigerjahren dabei, »sie haben mich verprügelt und ins Gefängnis gesteckt«.

»Ich bin absolut dagegen, am Ausstieg zu rütteln«, sagt die Großmutter. Ihre Tochter Marlitt und die Enkeltochter Carlotta sehen das genauso. Andererseits könne sie auch verstehen, »dass die Leute in der Stadt Angst haben, dass sie im Winter frieren müssen«. Die Familie hat eine Holzvergaserheizung und eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach.

Es entspinnt sich nun eine Diskussion am Mehrgenerationen-Familientisch, die vielleicht symptomatisch ist für ein Land in einer Zeit der wackelnden Weltanschauungen. »Ich bin mir da nicht so sicher«, sagt der Schwiegersohn, der gut informiert ist: »Wenn die Brennelemente des bayerischen Kraftwerks Isar 2 tatsächlich noch für 150 Tage in Vollast Strom produzieren können, muss man schon überlegen, ob das Sinn macht.« Er könne sich vorstellen, die Meiler ein bis zwei Jahre weiterlaufen zu lassen. »Nicht dein Ernst!«, entgegnet Ehefrau Marlitt. »Doch. Ich frage mich manchmal sogar, ob das, wofür wir in den letzten 30 Jahren gekämpft haben, alles so richtig war.«

Dann kommt die zweite Enkeltochter Linda, 34, dazu und plädiert ebenfalls für den Weiterbetrieb der Kraftwerke, aber nur für einen begrenzten Zeitraum. »Und danach kommen noch zwei Jahre, und dann geht es immer so weiter«, entgegnet die Großmutter bitter.

Aber ginge das überhaupt: immer so weiter? Sind Streckbetrieb, längere Laufzeit oder Wiederinbetriebnahme und wie die Szenarien alle heißen, technisch überhaupt machbar? Kann der Ausstieg noch aufgehalten werden?

Erst mal wäre ein Weiterlaufenlassen nach jetziger Rechtslage schlicht illegal. Wer in Deutschland ab dem 1. Januar 2023 ein Atomkraftwerk betreibt, der macht sich strafbar, denn da erlischt für die letzten drei deutschen AKW die »Berechtigung zum Leistungsbetrieb«. Neckarwestheim, Emsland und Isar 2 müssen vom Netz, ganz gleich, dass jedes von ihnen in der Not pro

Jahr bis zu elf Milliarden Kilowattstunden Strom produzieren könnte.

Uwe Stoll ist Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, ein Mann mit mehr als 35 Jahren Erfahrung im Atommetier. Er sieht das Ende der Kernkraft in Deutschland noch nicht gekommen. Am 1. Januar werde die Zahl der laufenden deutschen AKW »größer als null« sein, prognostiziert er.

Stoll nimmt an, dass die Bundesregierung das Atomgesetz nachbessern wird, um Atomstrom weiterhin verfügbar zu machen. Technisch sei es unproblematisch, alle drei Anlagen über längere Zeit sicher weiterzubetreiben. Der beste Kandidat für ein Comeback ist für Stoll das Kraftwerk Isar 2 nahe Landshut, was auch an der Energiemisere Bayerns liegt, des Landes ohne Windkraft und ohne Stromtrassen aus dem Norden. Isar 2 soll eigentlich bis zum letzten Tag unter Vollast laufen, danach sind die Brennelemente nach Berechnungen des Betreibers PreussenElektra erschöpft.

Hinüber sind sie dann noch nicht. Ein AKW kann auch mit alten Brennelementen Strom herstellen. Seine Leistung nimmt dann zwar täglich um bis zu 0,5 Prozent ab, aber »80, 90, vielleicht 100 Tage lang«, so Stoll, könne es produktiv bleiben.

Sollte Berlin entscheiden, die AKW tatsächlich am Netz zu lassen, stellt sich eine zweite Frage, die den Grünen besonders heftig auf die Galle schlagen dürfte: Aus technischer Sicht ließe sich dann schwer dagegen argumentieren, auch die drei bereits 2021 abgeschalteten Kraftwerke wiederauferstehen zu lassen.

In Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C ist inzwischen wohl so manche Leitung durchtrennt, aber der eigentliche Rückbau hat noch längst nicht begonnen. Mindestens fünf Jahre lang müssen die abgebrannten Brennelemente in den Abklingbecken der Anlagen bleiben, um dort ausreichend an Radioaktivität und Wärmeabstrahlung zu verlieren. Solange muss selbst ein stillgelegtes AKW weitgehend intakt bleiben, um wichtige Funktionen zu gewährleisten, etwa die Kühlung. Experte Stoll glaubt, dass jedes dieser Alt-AKW innerhalb von sechs Monaten flottgemacht werden könnte.

Der Druck, die deutschen Atomkraftwerke weiterzubetreiben oder neu anzuwerfen, kommt nicht nur aus dem eigenen Land. Sondern auch und mit zunehmender Lautstärke aus Europa, von den EU-Partnern, mit denen Deutschland die Energie- und die Ukraine Krise gemeinsam meistern muss.

Viele EU-Mitgliedstaaten haben nicht vergessen, dass die Bundesregierung gegen ihren heftigen Widerstand

den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 von Russland nach Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt hat. Nicht nur die Osteuropäer stört es, dass Berlin nun die Solidarität aller EU-Mitgliedstaaten fordert, zu Kompromissen bei der Atomenergie aber bislang nicht bereit ist.

Anders als in früheren Krisen ist Berlin diesmal auf die Unterstützung der Partner angewiesen. Deutschland verbraucht mehr Gas als alle anderen EU-Länder, und ein großer Teil davon stammt aus Russland. Der slowakische Wirtschaftsminister Richard Sulík sagte am Dienstag vergangener Woche in Brüssel, wenn Deutschland Gas einsparen wolle, möge es »erst einmal drei seiner Atomkraftwerke weiterlaufen lassen«.

Die Verlängerung der Laufzeiten ist zum Symbol der Solidarität Deutschlands geworden. Die Bundesregierung kann es sich allein schon deshalb kaum leisten, alle Atomkraftwerke zum Jahresende abzuschalten.

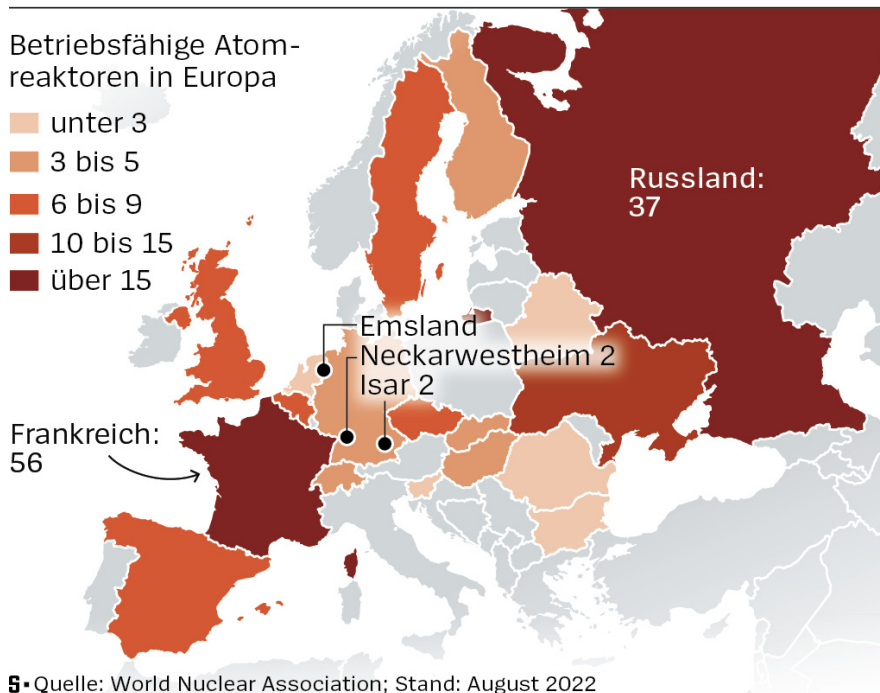
Nahе der niederländischen Grenze sitzt der 71-jährige Felix Ruwe in seinem Garten in der nordrhein-westfälischen Kleinstadt Ahaus. Ruwe ist

Pensionär und stellvertretender Vorsitzender der Bürgerinitiative »Kein Atommüll in Ahaus«, die vor 45 Jahren gegründet wurde und ihre Blütezeiten um 1998 und um 2005 hatte, als die Castoren mit den abgebrannten Brennstäben nach Ahaus kamen.

Der Mann ist studierter Elektrotechniker, und so spricht er auch. Er redet über Kugelbrennelemente, Moderatorenstäbe und über die Unterschiede zwischen MTR2- und MTR3-Castoren. Ruwe weiß, was in Ahaus gelagert wird (angereichertes Uran), kennt die Anzahl der dortigen Castorbehälter (329) und weiß, wie lange das Zwischenlager genehmigt ist (bis 2036). Der Widerstand gegen den Atomabfall, der künftige Generationen Tausende Jahre lang belasten kann, ist sein Lebensthema.

»Wir sind jetzt alles alte Säcke, das muss man so sagen«, antwortet Ruwe auf die Frage, wer sich heute noch in der Bürgerinitiative engagiere. Junger Nachwuchs für die Fortsetzung des Kampfs sei nicht in Sicht. »Mit uns«, sagt seine Frau Christel, »wird der Widerstand sterben.«

Strahlender Kontinent



Atomnation

Sollen die letzten drei Atomkraftwerke ...

... noch **bis Sommer 2023** weiterbetrieben werden?

Angaben in Prozent

■ Ja ■ Nein
■ Unentschieden



... noch **fünf Jahre** weiterbetrieben werden?



Soll die Bundesregierung aufgrund der Energiekrise **neue Atomkraftwerke bauen?**



5 • Quelle: Civey-Umfragen für den SPIEGEL vom 2. bis 3. August; Befragte: Jeweils mehr als 5000; die statistische Ungenauigkeit liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten; »Ja« und »eher Ja« sowie »Nein« und »eher Nein« zusammengefasst.

Krisenstab eingesetzt: Atomdesaster in Frankreich nimmt seinen Lauf

Die Hitzewelle setzt dem Kernkraftland und seinen Flüssen immer heftiger zu. Kühlwasser ist Mangelware.

Die Lage im Atomstromland Frankreich wird auf allen Ebenen immer dramatischer – vor allem was die Stromversorgung angeht. Im ganzen Land herrscht Wassermangel – und sogar ein Krisenstab wurde nun angesichts der schweren Dürre in Paris eingesetzt, welche die schlimmste sein soll, "die jemals in unserem Land verzeichnet wurde", teilte Premierministerin Élisabeth Borne mit.

Die extreme Trockenheit könne noch zwei Wochen anhalten und sich sogar noch verschlimmern, warnte sie. Aber erst jetzt lässt Borne Notfallpläne erarbeiten. Nun soll die Lieferung von Trinkwasser koordiniert werden, da die vierte schwere Hitzewelle anrollt. Frankreich wird auch in der kommenden Woche unter Temperaturen um 40 Grad stöhnen.

Auch hier ließ man in Paris wieder einmal das Prinzip Hoffnung walten. Dass sich im Land massive Probleme anhäufen, war auch dieser Regierung spätestens seit dem Frühjahr bekannt, als erstmals in der Geschichte schon früh Atomkraftwerke heruntergefahren werden mussten, weil Kühlwasser fehlte. Seither hat sich die Lage immer weiter zugespitzt. Immer mehr Kraftwerksbetreibern wurde erlaubt, die Gewässer auf mehr als 28 Grad zu erwärmen.

Zarter Duft von Fischkadavern

Über einigen Flüssen hängt schon der zarte Duft von Fischkadavern, da man früher Gewässer eigentlich zum Schutz von Flora und Fauna nicht über 25 Grad erwärmen durfte. Das wurde schon nach der "Canicule" 2003 geändert – und nun weiter aufgeweicht.

Für immer mehr Atomkraftwerke werden Sondergenehmigungen erteilt, da sich die Stromversorgungslage dramatisch zuspitzt. Abgeschaltet wurden Meiler nicht, wie das eigentlich nötig wäre, sondern die Leistung nur auf ein Minimum reduziert, da Frankreich in der Atom-Sackgasse jedes Megawatt braucht.

Das Land hängt massiv am Strom- und Gastropf Europas. Frankreich muss extrem teuer Strom zukaufen, was die Staatsverschuldung weiter sprunghaft ansteigen lässt, da die Kosten angesichts gedeckelter Preise nicht an die Verbraucher weitergegeben werden. Derweil explodieren deshalb auch für deutsche Verbraucher die Strompreise, da Frankreich als großer Einkäufer die Preise nach oben treibt.

Doch seit Jahrzehnten werden Milliarden um Milliarden in Atomanlagen versenkt. Flamanville sollte seit zehn Jahren Strom liefern, verbrennt aber immer neues Geld. Auch der französische Energiekonzern Électricité de France (EDF) räumt nun ein, dass der Reaktor einen Konstruktionsfehler hat.

Deshalb mussten sogar die EPR-Reaktoren in China abgeschaltet werden und das Design für Hinkley Point soll teuer für die französischen Steuerzahler mit unsicherem Ergebnis angepasst werden.

Mit dem vielen Geld hätte man längst Wind-, Wasser- und Solaranlagen in dem Flächenland mit viel Küste in Betrieb nehmen können, um die immer größere Stromlücke nicht weiter zu öffnen, sondern zu schließen. Weil das nicht geschah, muss die EDF nun vollständig verstaatlicht werden, um das Märchen vom angeblich billigen Atomstrom aufrechterhalten zu können.

Deutschland liefert derweil viel Strom und auch Gas ins Nachbarland, damit es dort nicht schon im Sommer zum Blackout kommt. Die absurde Debatte hier über Laufzeitverlängerung, Streckbetrieb und sogar die Forderung, abgeschaltete Meiler wieder in Betrieb zu nehmen, wird zu einem guten Teil deshalb geführt, wobei sich vor allem die FDP ins Zeug legt. Sie will damit Präsident Emmanuel Macron und der Schwesterpartei unter die Arme greifen.

Noch kann Deutschland über Photovoltaikstrom das

französische Defizit abfangen. Die Produktion ist allein darüber meist deutlich höher als die gesamte Atomstromproduktion in Frankreich (nur noch 24 Gigawatt). Nun droht aber die massive Drosselung von weiteren drei AKWs wegen Kühlwasserproblemen.

Eigentlich müssten auch die längst abgeschaltet sein. Eine Produktion von mindestens 400 Megawatt mit der Aufrechterhaltung von zwei gekoppelten Blöcken müsse wegen "Netzbelastungen sichergestellt werden", wird die EDF zitiert.

Die Franzosen werden mit Nachdruck zum Strom- und Wassersparen aufgerufen. Große Wasserschlucker sind aber nicht private Haushalte, sondern die Industrie und vor allem die Energieversorger, was gerne verschwiegen wird. In Deutschland zum Beispiel geht etwa die Hälfte des gesamten Wasserverbrauchs für das Kühlen der Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke drauf, da dabei viel Wasser verdunstet wird. Oft ist das Wasser gratis.

Es wäre nicht nur für die Flora und Fauna wichtig, in Frankreich Atomkraftwerke abzuschalten, sondern auch, um die Wasserversorgung der Bevölkerung aufrechterhalten zu können. Die ist nämlich nach Angaben des Umweltministeriums schon mehr als 100 Kommunen zusammengebrochen.

Zwölf Uraltmeiler sind wegen Korrosionsproblemen abgeschaltet

Vielleicht kommt Frankreich noch ohne Blackout über den Sommer. Aber allen ist klar, dass die Lage im Win-

ter dramatisch wird, auch wenn dann einige Meiler wieder mit voller Leistung laufen können, weil vielleicht mehr Wasser da ist und die Temperaturen niedriger sind. Auch Experten halten Frankreich für gefährlicher als das fehlende Gas aus Russland, wobei das eine Problem das andere verschlimmert.

Denn zwölf Uraltmeiler sind wegen massiver Korrosionsprobleme abgeschaltet, und können auch im Winter nicht wieder angeschaltet werden. Die betroffenen Meiler sind übrigens bei der Art Sicherheitsprüfungen aufgefallen, die die CSU unter anderem in Bayern umgehen will.

Diese Sicherheitschecks wurden zum Teil in Frankreich aus gutem Grund auf das nächste Frühjahr verschoben – aber, wie die Süddeutsche Zeitung (SZ) berichtet, ist in Deutschland auch den Energieversorgern und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) klar, dass ein Streckbetrieb der drei Altmeiler nur möglich wäre, wenn "entweder die Prüftiefe der grundlegenden Sicherheitsanalyse verringert würde und/oder auf weitreichende Nachrüstungsmaßnahmen (...) verzichtet würde".

Aus dem Protokoll des Gesprächs geht also hervor, dass man – wie in Frankreich – russisches Roulette spielen muss, um die Meiler weiterlaufen zu lassen.

Seit drei Jahren ist die zehnjährige Sicherheitsüberprüfung überfällig. Dazu ist aber auch allen Beteiligten klar, dass die AKWs in der "Situation der Gasmangelange nur wenig Gas ersetzen" können.